

# Schulische Integration ist ein Menschenrecht

**Gastkommentar**

von ERIC SCHERER

Was haben Finnland und Kanada gemeinsam? In der Pisa-Studie belegen sie Spitzenplätze. Eine zentrale Gemeinsamkeit: Beide haben ein 100 Prozent integratives Schulsystem. Alle Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden in der Regelschule unterrichtet. Alle Formen von Sonderschulen sind abgeschafft. Neben Pisa gibt es eine ganze Anzahl von weiteren Studien, die eindeutig aufzeigen, dass das integrative Schulmodell dem segregativen deutlich überlegen ist. So hält beispielsweise der Erziehungswissenschaftler Klaus Klemm fest, dass «Förderschülerinnen und -schüler in integrativen Settings gegenüber denen in institutionell separierenden Unterrichtsformen einen deutlichen Leistungsvorsprung aufweisen». Aber auch Regelschüler profitieren und zeigen deutliche Lernerfolge. Nicht zuletzt werden die soziale Entwicklung und die «Gesellschaftsfähigkeit» aller Schüler gefördert.

Deutlich werden die Studien in Bezug auf die Sonderschule als «Schonraumfalle». So führt beispielsweise Brigitte Schumann aus, dass das Stigma des Sonderschulbesuchs die Ausbildungschancen der Förderschüler im regulären Berufsausbildungssystem verringere – auch dann, wenn sie zu den 20 Prozent der Sonderschüler gehören, die einen Schulabschluss erworben haben. Schülerinnen und Schüler einer Sonderschule sind fast chancenlos bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz. Sie werden als Kinder bereits in den geschützten Bereich verbannt und kosten so den Staat und die Gemeinschaft deutlich mehr, als jede integrative Ausbildung an echten oder empfundenen Mehrkosten verursacht. Schulische Integration leistet somit auch einen Beitrag zur Entlastung der Sozialsysteme.

Wider den Stand des Wissens fährt FDP-Gemeinderätin Yasmine Bourgeois grobes Geschütz auf (NZZ 28. 2. 20): Sie demonstriert das Ziel der schulischen Integration und verschiebt es in den Bereich der «Folklore». So propagiert sie eine Teilintegration in Fächern wie Sport, Zeichnen oder Musik. Als «Zeugen» führt sie «Sonderschullehrpersonen» an, die behaupten, Kinder aus Regelklassen würden «grosse Rückstände auf ihre gleichaltrigen Klassenkameraden in der Sonderschule aufweisen». Ein Viertel der Gesamtkosten für die Volksschule sollen auf die vier Prozent Kinder mit erhöhtem Förderbedarf entfallen.

Ungewollt zeigt sie damit auf, wo es hapert. Erstens am politischen Willen: Inklusion ist ein Menschenrecht. Die Umsetzung der Inklusion in der Schule ist ein Langzeitprojekt, das Willen, Visionen und Durchhaltevermögen benötigt. Wir betreten hier Neuland und müssen bereit sein, Rückschläge in Kauf zu nehmen. Zweitens besteht ein fundamentaler Interessenkonflikt: Solange es die Sonderschule als segregative Einrichtung gibt, wird es echte Inklusion nie geben. Dass es anders geht, zeigen die Vorreiter der Pisa-Studie; doch es geht um Macht und Pfründen von Institutionen und einzelnen Lehrern. Drittens hapert es an der wirtschaftlichen Betrachtungsweise: Wir haben es uns zur schlechten Gewohnheit gemacht, ständig über die Kosten des Schulsystems zu diskutieren, und uns dabei in eine Art von Mangelwirtschaft hineinmanövriert. Eine Bewertung der Wirtschaftlichkeit von Inklusion ist jedoch nur bei einer Gesamtbetrachtung der beruflichen Laufbahn der Betroffenen und der Kosten für die Sozialsysteme möglich. Hier ist klar: Inklusion in der Schule ist eine sinnvolle Investition und – richtig umgesetzt – ein nachhaltiges Sparprogramm.